

Probleme anpacken! Mit dem Blick nach vorn!

Als LINKE im Havelland haben wir uns intensiv in die Debatte um die Reform der Kommunalverwaltungen eingebracht und eigene Vorschläge formuliert. Unsere Kreistagsfraktion hat im Kreistag deutlich gemacht, dass eine Reform der Aufgabenverteilung und der Verwaltungen notwendig ist und wir uns auch damit einhergehenden Gebietsveränderungen nicht verschließen würden. Dennoch wurde in den vergangenen Monaten immer deutlicher, dass eine solche Reform nur gemeinsam mit den Akteuren in den Landkreisen und kreisfreien Städten umzusetzen ist. Es ist nicht gelungen, den Prozess konstruktiv und am Ziel orientiert zu führen. Deshalb begrüßen wir die Absage der Verwaltungsstrukturreform. Allerdings bleibt Reformbedarf. Deshalb fordern wir die Landespartei und die Landtagsfraktion auf, darauf hinzuwirken:

- dass die demokratische Willensbildung in den Kommunen verbessert wird. Vor allem bei Bürgerbegehren ist es wichtig, dass diese zu mehr Themen als bisher stattfinden können und vereinfacht werden. Auch die Jugendbeteiligung ist zu stärken und die flächendeckende Schaffung von Inklusions- und Migrationsbeiräten ist zu unterstützen. Senior_innenbeiräte sollen wieder direkt von Seniorinnen und Senioren gewählt werden können.
- dass ehrenamtliche politische Arbeit in den Kommunen stärker unterstützt wird. Dabei geht es vor allem um die Unterstützung der Mobilität der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner*innen aber auch um eine verbesserte Ausstattung der Fraktionen.
- dass die Finanzsituation der Kommunen weiter verbessert wird. Brandenburg hat hier in den vergangenen Jahren bereits einiges erreicht, jedoch braucht es hier weitere Anstrengungen.

- dass Kooperationen von Kommunen bei kommunalen Aufgaben und der Optimierung der Verwaltungsarbeit stärker gefördert und unterstützt werden. Auch freiwillige Fusionen sind zu unterstützen.

Durch die Diskussion zur Verwaltungsstrukturreform ist der öffentliche Eindruck entstanden, dass viele andere Probleme des Landes und der Bürger*innen in den Hintergrund getreten sind. Aus Sicht des Kreisverbands der LINKEN Havelland ist es erforderlich, dass in den Monaten bis zur Landtagswahl Projekte in den Mittelpunkt LINKER Politik gestellt werden, die für die Lebenssituation der Menschen in Brandenburg entscheidend sind. Dazu zählen aus unserer Sicht vor allem folgende Themen:

1. Wohnen

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Im berlinnahen Raum ist mittlerweile eine massive Gentrifizierung und die Verdrängung von Menschen ohne oder mit niedrigem Einkommen in berlinfernere Regionen zu beobachten. Aber auch im ländlichen Raum gibt es Orte, in denen die Mieten massiv steigen. Es braucht endlich ein Umsteuern. Das vorhandene Programm zum Sozialwohnungsbau greift nicht richtig. Hier braucht es neue Fördermechanismen und Anreize zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auch außerhalb des Sozialwohnungsbaus und der Umwidmung belegungsungebundenen in belegungsgebundenen Wohnraum. Außerdem brauchen wir in Orten, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, ein Zweckentfremdungsverbot analog zu Berlin, eine Möglichkeit zur Festlegung von Quoten für bezahlbaren Wohnraum in Bebauungsplänen für Gemeinden und die Unterstützung der Gründung kommunaler Wohnungsunternehmen.

Im Landkreis Havelland setzen wir uns weiterhin für die Schaffung einer kreislichen Wohnungsgenossenschaft oder -gesellschaft ein.

2. Mobilität

Mobilität ist in der heutigen Zeit im Kern eine Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Wenn Menschen nicht mobil sind, hat das Auswirkungen auf Lebensqualität und Arbeit. ~~Kultur, Sport und Gesundheit.~~ Die Kommunen sind allein nicht finanziell in der Lage, diese Aufgabe zu bewältigen. Für die Verbesserung der Mobilität vor allem im ländlichen Raum braucht es ein Investitionsprogramm zur Förderung von E-Mobilität im ÖPNV und kleine Busse, die flexible und innovative Mobilitätskonzepte ermöglichen. Zusätzlich braucht es eine Förderung von Projekten, die der stärkeren Erschließung des ländlichen Raums durch den ÖPNV (bspw. Kombi-Bus-Modelle) dienen.

Zutiefst ungerecht ist es, dass die Eltern der Kinder, die einen langen Schulweg haben, auch noch finanziell belastet werden. Da dies in kommunaler Hand liegt, sind die Belastungen außerdem von Landkreis zu Landkreis unterschiedlich hoch. Wir wollen diese Ungerechtigkeit beseitigen und streben die landesweite Elternbeitragsfreiheit beim Schülerverkehr an. Dazu müssen diese Beiträge (ggf. schrittweise) abgeschafft und den Kommunen die entgangenen Elternbeiträge finanziell ausgeglichen werden.

Vor allem im berlinfernen Raum ist die Anbindung an den ÖPNV ein entscheidendes Kriterium für die Entwicklung von Städten und Gemeinden und deren Attraktivität für die Bürger*innen. Im vorgelegten Entwurf des Landesnahverkehrsplans sehen wir für den berlinnahen Raum des Havellands einige Verbesserungen. Grundsätzlich ist eine gute Anbindung an Berlin und die Landeshauptstadt Potsdam wichtig. Hier sehen wir noch einiges Verbesserungspotential am Entwurf des Nahverkehrsplans.

Wir haben jedoch starke Kritik an den Planungen für den Raum Rathenow. Hier wollen wir folgende Veränderungen erreichen:

a) Verbesserung der Taktzeiten des RE 4 nach Berlin zu den Hauptverkehrszeiten auf 30 Minuten.

b) Verbesserung der Anbindung an die Hansestadt Stendal als naher Bahnknotenpunkt zu den Hauptverkehrszeiten mit einer Taktzeit von 30 Minuten sowie zu den übrigen Zeiten von 60 Minuten.

c) Verlängerung der Taktzeiten von 60 Minuten von Berlin nach Rathenow bis 0:00 Uhr.

d) Verbesserung der Anbindung des RE 4 an die Landeshauptstadt Potsdam.

DIE LINKE. Havelland fordert darüber hinaus den Ausbau der Bahnverbindung Berlin-Nauen mit einem dritten Gleis oder einer Express-S-Bahn.

3. Bildung

Eine gute Bildung ist der Grundstein für eine gute Zukunft – für das Land und für die Menschen. In den vergangenen Jahren wurde viel getan, wir erinnern an die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten und die Leitungsfreistellung, die Schaffung zusätzlicher Stellen für Schulsozialarbeiter*innen, die Einführung von Schulzentren für möglichst langes gemeinsames Lernen sowie die Verbesserungen bei der Bezahlung von Lehrkräften. Darauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen, zumal Grundschullehrerinnen (DDR-Ausbildung) nach wie vor als Beamtinnen nach Besoldungsgruppe A12 bezahlt werden. Damit verdienen sie weniger als ihre Kolleginnen an anderen Schulformen, die meist nach A13 bezahlt werden, leisten aber die gleiche Arbeit.

Eine gute Qualität zu sichern ist ebenso wichtig wie an unserem Ziel, der Kostenfreiheit von Bildung weiter zu arbeiten. Der Kreisparteitag begrüßt es ausdrücklich, dass ab dem kommenden Schuljahr die Elternbeiträge für das letzte Kita-Jahr entfallen. Zur Entlastung einkommensschwacher Eltern muss aus unserer Sicht nun die Essensversorgung in den Kindertagesstätten und Schulen in den Blick geraten. Perspektivisch streben wir an, dass jedes Kind in Brandenburg mittags ein kostenloses warmes, gesundes Essen in Kindertagesstätte und Schule bekommt. Dies entlastet alle Familien, hier profitieren jedoch, im Gegensatz zu einem weiteren kostenfreien Kitajahr, auch einkommensschwache Familien. Es ist zudem eine zutiefst soziale Frage, wenn Eltern ihre Kinder aus den Einrichtungen nehmen, weil sie das

Essen nicht bezahlen können oder auch wollen. Wir fordern die Landespartei und die Landtagsfraktion auf, sich für eine (schrittweise) Umsetzung dieser Forderung einzusetzen.

Außerdem halten wir es für dringend notwendig, mehr für die Ausbildung von Erzieher*innen zu tun. Der Fachkräftemangel in diesem Bereich ist eklatant. Bessere Bezahlung und Steigerung der Attraktivität des Berufs durch weitere Verbesserungen beim Betreuungsschlüssel sind denkbare Maßnahmen. Außerdem ist zu prüfen, wie die Ausbildung der Erzieher*innen attraktiver gestaltet und Quereinsteiger*innen gewonnen und weitergebildet werden können.

Wir halten es zudem für dringend notwendig, die gesetzliche Grundlage für die Kindertagesstätten in Brandenburg grundlegend zu reformieren. Vor allem die Ungerechtigkeit und Intransparenz bei der Erhebung der Elternbeiträge muss ein Ende haben. Eine landesweit einheitliche Regelung sollte aus unserer Sicht diskutiert werden.

Mit dem Blick nach vorn wollen wir, dass wieder wahrnehmbar wird, dass DIE LINKE sich in erster Linie für die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Brandenburg einsetzt und die vorhandenen Probleme selbstbewusst anpackt. Dies sind unsere Vorschläge als LINKE im Havelland und wir hoffen, dass Landesvorstand und Landtagsfraktion sich dieser annimmt.